

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1898

9.6.1898 (No. 155)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 9. Juni.

№ 155.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Zig.“ — gestattet.

1898.

Des Fronleichnamfestes wegen erscheint unser nächstes Blatt am Freitag Abend.

Parlamentarische Obstruktionspolitik in Oesterreich.

Die neuesten Wiener Telegramme stellen es außer Zweifel, daß die deutsche Opposition im österreichischen Abgeordnetenhaus auf eine jachliche Behandlung der Regierungsvorlagen so lange nicht eingehen wird, als die Sprachverordnungen in Geltung bleiben. Wir haben diesen parlamentarischen Entwicklungsgang vorausgesehen und noch am 3. Juni mündlich geschrieben: „Die Obstruktion ist auch weiter entschlossen, so lange die Aufhebung der Sprachverordnungen nicht erfolgt ist, keinerlei andere legislative Arbeit zuzulassen, keine Regierungsvorlage, vornehmlich weder das Budget, noch das Budgetprovisorium in Verhandlung zu nehmen und auch die Berathung der Ausgleichsgeetze mit Ungarn zu verhindern.“ Die gestern stattgehabte Berathung der Obmänner der parlamentarischen Fraktionen bestätigt die Voraussetzung. Die deutschen Abgeordneten haben sich gegen den Vorschlag ausgesprochen, der als Milderung der Obstruktion und als schwächliche Nachgiebigkeit hätte gedeutet werden können. Der Plan der Rechte ist eigentlich vom Ministerium zerstückt worden, bevor er von der Linken abgelehnt worden war. Die Regierung hatte keine Lust, darauf einzugehen, daß nur die Geetze über die Erleichterung der Volkslasten, nur der Nachlaß an Gebühren und Stempeln bewilligt, aber das provisorische Budget, die Investitionsanleihe und die höhere Steuer auf Zucker gar nicht in Verhandlung gezogen werden. Deshalb sind die Obmänner der Rechte schon mit dem Bewußtsein eines Mißerfolges in die Konferenz gegangen und haben gar nicht den Versuch gemacht, die deutschen Abgeordneten umzustimmen und sich für ihre eigene Anregung kräftig einzusetzen. Alle Parteien wissen jetzt, daß eine Entscheidung für oder gegen die Wünsche der Deutschen notwendig sei, und daß ohne einen großen Entschluß die Arbeitsfähigkeit des Hauses nicht gesichert werden könne. Die Kleinkunst der Taktik nützt gar nichts. Auch die Regierung ist in einer seltsamen Situation. Vorlagen wurden dem Hause unterbreitet, deren Bewilligung in ruhigen Zeiten einmüthig erfolgt wäre. Niemand würde den geringsten Widerspruch erheben gegen ein Gesetz über die Forterhebung der Steuern, über die Deckung der notwendigen Ausgaben, über die Aufnahme der Investitionsanleihe, über die Reform der Gebühren und die Befreiung des Zeitungsstempels. Alles ist so nützlich, daß wenige Stunden hinreichen würden, um diese Entwürfe in Geetze zu verwandeln. Wollte die Regierung noch vor dem Schluß des Hauses den provisorischen Ausgleich vorlegen, so würde sie ebenfalls auf keinerlei Weigerung stoßen. Nicht in den Gesetzentwürfen liegt die Schwierigkeit, sondern in der Sprachverordnung. Man kann sogar behaupten, daß selbst dieser Streit nach seinem Wesen und Inhalt eigentlich nicht mehr existirt. Graf Thun hat anerkannt, daß die Sprachfrage nicht durch die Verwaltung, sondern durch das Parlament entschieden werden müsse. Er hat zugegeben, daß die Bestimmungen des Grafen Badeni verfehlt waren. Er hat sich nicht prinzipiell geweigert, die Bestimmungen des Herrn v. Gautschi aufzuheben. Vor oder nach der Verständigung der Deutschen mit den Czechen? Es handelt sich gar nicht mehr um die Sprachverordnungen, sondern um den Zeitpunkt und um die äußeren Voraussetzungen eines Beschlusses, den auch die Regierung für unvermeidlich hält. Bittere Erfahrungen haben den Deutschen bewiesen, daß auf die Zugeständnisse überhaupt nicht zu rechnen ist, wenn der starke Wille fehlt, sie durch kräftige Entschlossenheit zu erreichen. Die Ereignisse in Graz haben diese Ueberzeugung noch befestigt, denn sie haben bewiesen, daß natürliche Empfindlichkeiten nicht geschont werden. Wenn der Ministerpräsident die Interpellation über die Vorfälle in Graz beantwortet wird, kann sich die Kluff erweitern, die ihn jetzt schon von den Deutschen trennt. Dann wird sich zeigen, ob Graf Thun noch den Einflüssen unterworfen ist, welche seine politischen Verbündeten früher auf ihn ausgeübt haben; dann wird auch klar werden, ob ein Führer des deutschen Großgrundbesitzes, ein hervorragender Vertreter der Deutschen in Böhmen, noch länger im Kabinete bleiben dürfte, ohne sich seiner Nation und Vergangenheit zu entfremden. Die Ereignisse in Graz haben die parlamentarische Krise verschärft, und es ist nicht vollständig ausgeschlossen, daß die Konsequenzen auch das Kabinete des Grafen Thun streifen.

Die Deutschen wollen arbeiten und sehnen sich nach der Möglichkeit, durch schöpferische Thätigkeit die Lage des Volkes zu verbessern und die traurige Krise der Monarchie zu beendigen. Nicht die Obstruktion lähmt das Parlament, sondern die Sprachverordnung, denn es gibt keinen größeren Fehler in der Politik als die leere Klage über Wirkungen, deren Ursachen nicht entfernt werden. Noch ist es nicht so weit gekommen, daß Graf Thun zwischen den Deutschen und den Czechen eine Wahl zu treffen hat, weil selbst in der Verbitterung der Gedanke an den nationalen Frieden festgehalten wird. Die Deutschen haben keine Schuld, wenn die Hoffnungen und der Trost der Czechen durch die Vorfälle in Graz gesteuert worden sind. Die Kampforganisation der Rechte ist wieder lebendig geworden, weil der Eindruck hervorgerufen wurde, daß Graf Thun gegen die Stimmung der Deutschen gleichgültig wird. Es wäre ein Glück für die österr.-ungar. Monarchie, wenn einmal in zwanzig Jahren ein Wunsch der Deutschen nicht abgewiesen, sondern durch verständliches Entgegenkommen erfüllt würde. Früher wird, wie die „Neue Freie Presse“ als Organ der österr. Deutschen sagt, keine Ruhe sein. Noch energischer als die Abgeordneten fordern die Wähler, verlangt das ganze deutsche Volk ohne Ausnahme, daß die Sprachverordnungen aufgehoben werden. Ist eine solche Thatsache, die seit den Tagen des Grafen Hohenwart nicht mehr zu beobachten war, ohne jede Bedeutung für die Staatsgewalt? Gemäßigte, nach ihrer ganzen Anlage schöpferische Parteien, die seit Decennien an sämtlichen Gesetzen hervorragend mitgewirkt haben und eine feste Stütze jeder vernünftigen Politik sein könnten, werden zurückgestoßen und gegen ihre Neigung zum heftigsten Widerstande genöthigt.

Politische Uebersicht.

* Die Wahlausrufer der sozialdemokratischen Kandidaten, deren im Reichslande nicht weniger als 14 aufgestellt worden sind, bewegen sich in dem herkömmlichen Gleise. Speziell für die dortigen Verhältnisse berechnet ist der Hinweis, daß 1870 die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie es waren, welche in Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und in Voraussicht der daraus entspringenden tiefgehenden Entrembung der deutschen und französischen Nation gegen die Annexion Elsaß-Lothringens protestirten, ja dafür in's Gefängniß gingen. Die Sozialdemokraten hoffen dadurch außer ihren Gesinnungsgenossen auch die Protestler, die zwar seit Jahren nicht mehr offen als geschlossene Partei auftraten, aber immer noch nicht vollständig verschwunden sind, und sonstige Unzufriedene für sich gewinnen zu können. Um die Regierung zu zwingen, die Ausnahmegeetze fallen zu lassen, wird dem Landesauschuß die Budgetverweigerung empfohlen. Da in Straßburg die Ordnungsparteien an dem Kompromißkandidaten Dr. Riff festhalten, so haben die Sozialdemokraten nur in der Arbeiterstadt Mülhausen Aussicht, einen der ihrigen, nämlich den zur Zeit eine zwölfmonatliche Gefängnißstrafe abbühenden seitherigen Vertreter Bueb gewählt zu sehen. Im Wahlkreis Erstein-Molsheim hat sich dem extrem-kerikalischen Abbé-Redakteur Delsor ein gemäßigter Gegner in der Person des Gutsbesizers Grunelius gegenüber gestellt, der sich auf den Boden der Reichsverfassung stellt und im übrigen verspricht, im Interesse des Landes für die Ausöhnung der politischen und religiösen Verschiedenheiten einzutreten. Er ist damit im Vortheil gegenüber seinem Gegner. Abbé Pettelet, mit Delsor der Führer der Jungkerikalen, stellt seine Kandidatur in Rappoldsweiler auf, nachdem verschiedene von gemäßigter kerikalischer Seite gemachte Versuche, einen eigenen Kandidaten zu finden, fehlgeschlagen sind. In Colmar scheint der Protestler Preis ohne ernstlichen Gegner zu bleiben, seine Wahl also gesichert zu sein. Seine Wahl wird jedenfalls in der französischen Chauvinistenpresse als ein Sieg des Protestes ausgelegt werden.

* Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ ist in Nordschleswig für den Reichs- und Landtagsabgeordneten Johansen eine Gabe von 22 000 M. als Vergütung für seine politische Thätigkeit gesammelt worden. Die Sammlung ist auf Veranlassung eines Ausschusses von sechs Personen geschehen, von denen nur zwei gebürtige Schleswiger sind, während zwei andere aus den bis 1864 staatsrechtlich und politisch scharf vom Herzogthum Schleswig getrennten königlich dänischen Enklaven, die übrigen zwei endlich aus dem Königreich Dänemark stammen — ein neuer Beweis, wie sehr das nichtschleswigsche Element bei den dänischen Neutralen in Nordschleswig die Führung besitzt. Der nähere Plan der Sammlung ferner ist, ebenso bezeichnend, in einer Versammlung jenseits der Grenze, in Wandrup, beschlossen worden.

Ob nicht wenigstens mittelbar ein Theil der gesammelten Summe von 22 000 M., wie bei derartigen Betragleistungen zu dänisch-nationalen Zwecken in Nordschleswig dies gewöhnlich der Fall ist, aus dem Königreich Dänemark stammt, möge dahingestellt bleiben. Als Form der Verwendung des Geldes hat man eine jährliche Leibrente gewählt. Anlässlich dieser Sammlung, die ein Zufall an das Tageslicht gezogen hat und die bereits zu einer derzeit noch schwebenden Klage wegen Veranlassung einer öffentlichen Kollekte ohne Erlaubniß vor dem Schöffengericht zu Rødding geführt hat, sei hier an Artikel 32 der Verfassung des Deutschen Reiches erinnert, welcher wie folgt lautet: „Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Befolgung beziehen.“ — Hinzugefügt sei, daß der betreffende Aufruf unter Hinweis auf die parlamentarische Thätigkeit des genannten Reichstagsabgeordneten als Zweck der Sammlung ausdrücklich das Verleihen einer Vergütung (at yde et vederlag) angegeben hatte.

* Es sind nunmehr die endgiltigen Ergebnisse des deutschen Außenhandels für das Jahr 1897 und eine Darstellung des Spezialhandels und Veredelungsverkehrs in der deutschen Handelsstatistik für 1897 bekannt. Es betrug die Gesamteinfuhr im Spezialhandel 401 623 169 dz im Werthe von 4 864 644 (1000 M.), die Gesamtausfuhr 280 199 486 dz im Werthe von 3 786 241 (1000 M.), daher Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr (in 1000 M.) 1 078 403. Nach den im Dezemberheft 1897 veröffentlichten, nach den 1896er Einheitswerthen berechneten vorläufigen Ergebnissen betrug der Gesamteinfuhrwerth in 1000 M. 4 832 891 gegen 4 557 951 im Jahre 1896 und 4 246 111 im Jahre 1895, der Gesamtausfuhrwerth dagegen in 1000 M. 3 808 131 gegen 3 753 822 im Jahre 1896 und 3 424 076 im Jahre 1895. Die endgiltigen Werthe ergeben daher gegenüber den vorläufigen für die Einfuhr ein Mehr von 31 753 (1000 M.), für die Ausfuhr dagegen ein Weniger von 21 890 (1000 M.). — Schon bei der Besprechung der vorläufigen Ergebnisse war auf die veränderte Darstellung des Spezialhandels hingewiesen worden, der seit 1897 den Veredelungsverkehr für inländische Rechnung vollständig enthält, während vorher von diesem Verkehr nur der Mühlen- und Mälzereiverkehr und der Verkehr mit Reis und Reiskörnern in den Reiskörnerfabriken mit berücksichtigt wurden. Weiter enthält der Spezialhandel jetzt auch Menge und Werth der ein- und ausgeführten Schiffe, die vor 1897 in der Handelsstatistik nicht dargestellt wurden. Will man daher die 1897er Ergebnisse mit denen der Vorjahre vergleichen, so sind für 1897 für den Veredelungsverkehr in der Einfuhr abzuziehen (in 1000 M.)

für die	89 659, in der Ausfuhr	106 330,
Schiffe in der Einfuhr	1 971, „ „	8 041,
	zusammen	91 630, „
		114 371.

Der mit den Vorjahren vergleichbare Einfuhrwerth im Spezialhandel beträgt daher (in 1000 M.) 4 773 014, der Ausfuhrwerth 3 671 870. Nach Abzug der Edelmetalle stellt sich das vergleichbare Ergebnis in der Einfuhr (in 1000 M.) auf 4 589 067, für die Ausfuhr auf 3 520 604. Daraus ergibt sich für die Einfuhr ein Ueberschuß gegen 1896 (in 1000 M.) von 281 904, gegen 1895 von 468 398, für die Ausfuhr gegen 1896 ein Weniger von 4526 und gegen 1895 ein Ueberschuß von 202 704.

* Alles deutet darauf hin, daß in Frankreich von verschiedenen Seiten auf eine Politik der Sammlung losgeteurt wird. Herr Brisson arbeitet daran, den gemäßigten Flügel der Radikalen zu einem Zusammengehen mit den Regierungsrepublikanern gefügig zu machen, und nun hat Herr Ribot öffentlich Äußerungen gethan, die die Neigung verrathen, der Linken entgegenzukommen. Zum Vorsitzenden der Partei der Regierungsrepublikaner gewählt, hielt Herr Ribot eine kurze Rede, in der er unter anderem sagte: „Wir sind weder engherzig noch ausschließlich und heißen jeden guten Willen willkommen. Was Frankreich zu dieser Stunde verlangt und zu fordern ein Recht hat, das ist, daß wir von allen untergeordneten Meinungsverschiedenheiten, von allen Personenfragen absehen, um eine zuverlässige und wohlgeschulte Mehrheit zu bilden. . . Die Wahlen haben bewiesen, daß Frankreich eine weite, fortschrittliche, vom echt republikanischen Geiste lebende Republik will.“ Man war zuerst versucht, diese Worte als eine Verbeugung gegen die Bekrehten zu deuten. Gegen diese Auffassung verteidigen aber seine nächsten Freunde Herrn Ribot. Der „gute Wille“, den er ohne Engherzigkeit und Ausschließlichkeit willkommen heißt, ist der der Radikalen. Ihnen möchte er die Hand reichen, sie will er eingeladen haben, einzuschlagen. Die Radikalen würden sich bereit finden, mit den Gemäßigten an einem Strange zu ziehen, wenn diese ihnen nur zwei Programmpunkte zugehen würden: die wachsende Einkommensteuer und die Verfassungsdurchsicht zum Zwecke der Einschränkung der Senatrechte.

Ueberdies würde Herr Méline sich herbeilassen müssen, sein Kabinett umzugestalten, einige seiner Mitarbeiter auszuschließen und mindestens zwei, wahrscheinlich drei Radikale aufzunehmen, wenn auch nicht Herrn Bourgeois selbst, der schwerlich mit Herrn Méline und Herrn Barthelemy in einem Ministerium würde sitzen wollen, so doch Herrn Sarrien und vielleicht Herrn Refureur. Die Sache ist wahrscheinlich noch nicht reif, aber daß sie sich vorbereitet, ist aus manchen Anzeichen leicht zu errathen.

* Das norwegische Storting hat mit 86 Stimmen gegen 27 (die Rechte) die Grundgesetzänderung beschlossen, daß die Nationalversammlung hiernach den 19. Oktober jedes Jahr anstatt den 1. Februar zusammentreten soll. Der Führer der Konservativen, Stang, rieth die Veränderung ab, weil sie seiner Meinung nach zu einer wesentlichen Verlängerung der schon jetzt allzu langen Stortingssessionen führen werde, ohne entsprechende Vortheile zur Folge zu haben. In Verbindung mit dieser Umänderung, die schon in diesem Jahre in Kraft treten soll, indem das Storting zwischen dem 16. und 20. Juni seine Verhandlungen abzuschließen gedenkt, um wieder zum Herbst zusammentreten, soll der Budgettermin, der jetzt vom 1. Juli bis 30. Juni läuft, von und mit dem Jahre 1900 zum 1. April bis 31. März verändert werden.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

(Telegramme.)

* **Washington**, 7. Juni. Das Marineministerium erhielt eine Depesche des Admirals Sampson, welcher meldet, er habe am Montag Früh zwischen 7 1/2 und 10 Uhr die Befestigungen von Santiago bombardirt und dieselben zum Schweigen gebracht.

* **New-York**, 8. Juni. Hier eingegangene Nachrichten bestätigen, daß gleichzeitig mit der Beschießung der Forts von Santiago durch die Amerikaner die Aufständischen zu Lande einen Angriff auf Santiago machten. Der Garnison sollen schwere Verluste zugefügt sein und die Befestigungen sollen großen Schaden durch das Bombardement erlitten haben. Fünf spanische Offiziere, darunter ein Oberst, sollen gefallen sein. Der Kreuzer „Maria Theresia“ sei, wie verlautet, gesunken. — Das „Journal“ veröffentlicht einen Bericht aus Kap Haytien, worin folgende Einzelheiten über die Beschießung von Santiago angegeben werden: Zehn Panzerschiffe dampften vor den Forts hin und her und schleuderten 1500 Geschosse allein aus den schweren Geschützen. Nach einer Stunde näherten sich die Schiffe dem Eingange des Hafens und bemerkten, daß die „Reina Mercedes“ mit der Sprengung von „Merri-mac“ beschäftigt war. Ein von der „Oregon“ abgegebener Schuß traf die „Reina Mercedes“, riß alle Oberbauten weg und tödtete einige Leute von der Mannschaft. Cervera befahl, das Schiff zu verlassen. Alle Forts, einschließend „Morro“, liegen in Trümmern. (?) Am Nachmittag griff die spanische Infanterie und Kavallerie eine Abtheilung amerikanischer Marinemannschaften an, die in der Nähe von Darguir zu landen versuchten. Mit Hilfe der Aufständischen, die in der Nähe waren, gelang es den Amerikanern, ihre Stellung zu behalten und die Spanier zurückzuschlagen. Es wurden mehrere schwere Geschütze gelandet.

* **New-York**, 8. Juni. Nach den letzten Nachrichten aus Kap Haytien ist nach Depeschen aus Santiago vom 6. Juni gegen Mitternacht das Bombardement für kurze Zeit wieder aufgenommen worden. Man glaubt, die Amerikaner haben die Verbindung mit den Insurgenten wieder hergestellt.

* **New-York**, 8. Juni. Die „Trk. Bg.“ meldet: Hier liegt die bestimmte Nachricht vor, daß der Torpedobootzerstörer „Terror“ zum Sinken gebracht worden sei.

* **New-York**, 8. Juni. Der Monitor „Monterey“ verließ gestern, von dem Kohlendampfer „Brutus“ begleitet, San Francisco, um nach Manila zu gehen.

* **London**, 8. Juni. Der „Standard“ meldet aus Washington: Nachdem der Präsident McKinley den Bericht des Generals Miles über den wenig befriedigenden Stand der militärischen Vorbereitungen zur Kenntnis genommen hatte, verlangte er vom Kriegssekretär Alger Auffklärung. Ebenso hat er im Kabinett eine Unterredung angeregt, welche zur Feststellung der Verantwortlichen führen soll.

* **Savanna**, 8. Juni. Eine spanische Truppenabtheilung hatte einen Kampf mit den Aufständischen, welche die Amerikaner bei ihrer Landung bei Santiago unterstützten. Das Resultat des Gefechtes ist noch nicht bekannt. Ein großer Trupp Aufständischer ist in der Provinz Pinar del Rio geschlagen worden. Die Aufständischen hatten 17 Tode.

* **Madrid**, 8. Juni. Amtliche Telegramme Cervera's besagen: Zehn amerikanische Schiffe bombardirten Santiago und die Küste. Ein Geschöß traf ein spanisches Schiff, die „Reina Mercedes“, wobei sechs Mann getödtet und zwölf verwundet wurden. Von den Truppen wurde ein Mann getödtet und drei Offiziere und 17 Mann verwundet. Die Amerikaner schleuderten 1500 Granaten auf die Stadt und die Forts. Der Schaden an den Batterien von Morro ist bedeutungslos. (?) Die Kaserne auf Castillo Morro wurde beschädigt. Auch der Feind erlitt sichtlichen Schaden.

* **Madrid**, 8. Juni. In der Deputirtenkammer verlas der Marineminister die bereits bekannte Depesche Admiral Cervera's und fügte hinzu, General Blanco habe telegraphisch gemeldet, daß General Vinarez die Landungsversuche der Amerikaner am Guadare zurückschickte. Im Senat verlas der Marineminister ebenfalls die Depesche Cervera's und fügte hinzu, die Beschießung habe drei Stunden gedauert, die Forts Morro, La Socapa und Punta Gorda hätten das Feuer erwidert. Der Senat beschloß darauf einstimmig, Meer und Flotte zu beglückwünschen.

* **Madrid**, 8. Juni. Einzelheiten über den Kampf bei Santiago sind hier noch nicht bekannt. Die telegraphische Zensur auf den Antillen gestattet nicht, daß Personen, welche von der amtlichen Nachrichtenausgabe abweichen, telegraphirt werden.

* **Songkong**, 8. Juni. Berichte aus Manila besagen, daß fortwährende Zwistigkeiten unter den Aufständischen herrschen, auch hätten dieselben Gewaltthatigkeiten verübt und Spanier massacrirt.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 8. Juni.

Die Großherzoglichen Herrschaften sind heute Nacht von dem Besuch auf Schloß Friedrichshof nach Schloß Baden zurückgekehrt. Höchstdieselben trafen bei Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich auch Ihre königlichen Hoheiten den Kronprinzen und die Kronprinzessin von Griechenland, sowie Seine Hoheit den Prinzen und Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Friederich Karl von Hessen mit Ihren Kindern. Ihre Majestät die Kaiserin Friederich unternahm mit den höchsten Herrschaften eine Rundfahrt in der Umgegend des Schloßes Friedrichshof. Während der Hinreise zwischen Karlsruhe und Heidelberg hörte Seine königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo.

Heute Vormittag empfing Seine königliche Hoheit den Präsidenten des Badischen Militärvereins-Verbandes, General der Infanterie Freiherrn Koeder von Diersburg. Nachmittags besuchten die Großherzoglichen Herrschaften Seine Hoheit den Prinzen und Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Hermann von Sachsen-Weimar und Tochter, welche heute in Baden-Baden eingetroffen sind. Später folgte der Vortrag des Legationssekretärs Dr. Seyb bei Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog.

** Nachdem darüber Klage geführt worden ist, daß die Bestimmung, wonach die Gasentwickler für Acetylenapparate nur unter leichter Bedachung aufgestellt werden dürfen, die Aufstellung kleinerer Acetylenapparate mehr als geboten erschwere, hat das Ministerium des Innern die Bezirksämter

ermächtigt, von der angegebenen Vorschrift dann abzuweichen, wenn es sich um kleinere, d. h. solche Apparate handelt, welche zur Speisung von nicht mehr als etwa 12 Flammen bestimmt sind, und deren Gasbehälter nicht größer als etwa 1/4 Kubikmeter ist. Vorausgesetzt ist, daß der zur Aufstellung bestimmte Raum den übrigen Vorschriften der Verordnung entspricht; auch sollte derselbe einen Rauminhalt von nicht weniger als 25 Kubikmeter haben.

(Bürgerausschussung.) Eine öffentliche Sitzung des Bürgerausschusses findet Dienstag den 14. Juni, Nachmittags 3 Uhr, im großen Rathssaal statt. Die Tagesordnung umfaßt folgende Beratungsgegenstände: 1. Errichtung eines Mädchengymnasiums. 2. Herstellung der Humboldt-Straße. 3. Herstellung der Rottel-Straße. 4. Erbauung eines Schulhauses beim ehemaligen Schützenplatz. 5. Verkauf von Gelände im Baumwald an die Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhefenfabrikation vorm. G. Sinner in Grünwinkel. 6. Dienstvertrag mit Bürgermeister Siegrist. 7. Entwässerung der Fabrikanlage der Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhefenfabrikation vorm. G. Sinner in Grünwinkel. 8. Bewilligung eines Beitrags zum Neubau eines chemischen Laboratoriums der Technischen Hochschule. 9. Vertrag mit Großh. Domänenverwaltung über Rückgabe von Gelände an der Sternberg-Straße. 10. Herstellung eines Magazin-gebäudes im Wasserwerk. 11. Ortstatuten über den Erwerb von Straßen- und Kanalrechten der Koch-Straße. 12. Verkauf von Gelände im Baumwald an Architekt H. Walder. 13. Kanalisation des Stadttheils Mühlburg.

(An der Technischen Hochschule) dahier sind im laufenden Sommersemester 792 Studierende und 39 Hospitanten eingeschrieben. Dieselben vertheilen sich auf die einzelnen Fachabtheilungen folgendermaßen: Mathematik und allgemein bildende Fächer 21, Architektur 139, Ingenieurwesen 125, Maschinenwesen 272, Elektrotechnik 128, Chemie 117, Forstwesen 29. Der Heimath nach sind 313 aus Baden, 393 aus anderen deutschen Staaten, 120 aus anderen europäischen Staaten, 4 aus Amerika, 1 aus Afrika. Außerdem nehmen 58 Personen reiferen Alters an einzelnen Vorlesungen theil, so daß die Besuchsziffer im ganzen 889 beträgt, welche bisher noch in keinem Sommer erreicht war.

(Erweiterung des Gebäudes der Baugewerkschule.) Das Bedürfnis der Erweiterung der Baugewerkschule hat seinen Grund zunächst darin, daß der Schule zur Aufbewahrung ihrer umfangreichen, stets wachsenden Modellsammlung bis jetzt geeignete Räume überhaupt nicht zur Verfügung standen. Die Modelle sind zur Zeit in dem Dachraum in einer Weise untergebracht, welche, abgesehen von der Feuersgefahr, die Verwendung für den Unterricht sehr erschwert. Auch fehlte es der Anstalt bislang an einem Raum, um technische Neuheiten auf dem Gebiete des Baugewerks unterzubringen, wie solche ihr seitens der Industrie vielfach zur vorübergehenden Ausstellung, die nicht nur für die Schüler, sondern auch für weitere Kreise von Werth sein würde, angeboten werden. Sodann fällt auch die Beschaffung weiterer Lehrräume und nützlich, einmal zur Ermöglichung der Einführung eines elektrotechnischen Unterrichts, für welchen auch eine Werkstätte beschafft werden muß, und sodann wegen Zunahme der Schülerzahl in der maschinen-technischen Abtheilung, welche eine Kombination der betreffenden Klassen mit denjenigen der hochbautechnischen Abtheilung auf die Dauer nicht mehr durchführbar erscheinen läßt. Der in Aussicht stehende Erweiterungsbauplan soll wie die bisherigen Bauten der Anstalt unter der Leitung der Direction derselben ausgeführt, mit dem Bau selbst aber erst im Spätjahr 1899 begonnen werden. Es wird deshalb von den Ständen von dem zu 228 800 M. veranschlagten Gesamtaufwand zunächst nur eine erste Rate von 50 000 M. angefordert. Der Neubau wird sich an das bestehende Gebäude anschließen.

S Mannheim, 7. Juni. Für die Verlegung der Diensträume des Bezirksamts Mannheim in den domänenärztlichen Antheil des Kaufhauses war im Entwurf des Budgets für 1898/99 eine Summe von 200 000 M. als erste Rate eingestellt. Die Beschlußfassung über diese Anforderung ist seitens der Zweiten Kammer mit Rücksicht auf die Verhandlungen, welche zufolge Anregung der Budgetkommission neuerdings mit der Stadtgemeinde wegen Abtretung des fiskalischen Kaufhausantheils an dieselbe geführt wurden, zunächst ausgesetzt worden. Diese Verhandlungen haben indes ebenso wie die früheren zu keinem Ergebnis geführt, da auch jetzt noch hinsichtlich der Vertheilung des staatlichen Kaufhausantheils garz erhebliche Differenzen zwischen den Beteiligten bestehen und überdies die Beschaffung eines durchaus geeigneten Platzes für den Neubau eines Amtshauses erheblichen Schwierigkeiten begegnet. Unter diesen Umständen glaubt die Großh. Regierung von weiterer Verfolgung der Sache absehen und an dem Projekt der Verlegung des Bezirksamts in den domänenärztlichen Theil des Kaufhauses als der für die Interessen der Staatsverwaltung weitaus günstigsten Lösung festhalten zu sollen. Damit hat sich bei den mündlichen Verhandlungen an Ort und Stelle auch der Vertreter der Stadtgemeinde unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß auf

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Auf Jagdhausen.

Eine Waldgeschichte von Alwin Kober.

(Fortsetzung.)

Und nun umnebelte eine jäh aufsteigende Angst ihre Sinne. Sie legte schnell beide Hände muldenartig an die Lippen und rief laut: »Hilfe!« obwohl sie im gleichen Augenblick dachte, daß sie an dieser einsamen Stelle unmöglich Jemand hören würde. Trotzdem merkte sie freudig überrascht, wie sich die Bande jetzt schleunigst von ihr zurückzog und auffallend hastig weiter wanderte. War das wirklich der Hufschlag eines Reiters, der sich da an ihr Ohr drängte? Sie schaute gespannt den Weg hinab. Wahrhaftig, da trabte Hilfe heran, wie vom Himmel gesandt. Ein schlante elegante Erscheinung auf einem Prachtrosse.

»Gott sei Dank!« stöhnte sie auf und lächelt: das Kind an, das noch angsterfüllt zu ihm emporschaute, nun aber auch den Bann des überhanden Schreckens von sich abschüttelte und mechanisch seine Blumen zusammen zu lesen begann. Unterdeß war der Reiter näher gekommen und küßte artig den Hut.

»Guten Morgen, gnädiges Fräulein!« rief er lebhaft. »Hatten Sie ein Scharmügel mit den G'sellen?«

Sie war beim Klange dieser Stimme leise zusammengeschritten und die Blätter in ihrem Angesicht wich langsam einer aufsteigenden Röthe.

»Es war nicht so schlimm!« entgegnete sie nun, ohne

den Reiter anzusehen. »Freilich, wenn Sie nicht gekommen wären . . .!«

»Ja, zum Kukuk, sehe ich recht, so sind wir doch alte Bekannte, meine Gnädigste! rief der Ankömmling und sprang gewandt von seinem Rosse. »Nicht wahr, Fräulein von Lindenhalde?«

»Ich heiße Heller!« sagte das junge Mädchen heiser. »Das muß ein Irrthum sein, Herr . . .!«

»Dornberg, mein Fräulein. Aber ich hätte meinen Kopf verwettet, daß wir uns schon gesehen haben. Die Ähnlichkeit ist geradezu verblüffend!«

Und kopfschüttelnd schritt er neben der jungen Dame hin, sein Pferd am Zügel führend.

»Ich glaube, die Zigeuner fallen im Forsthaufe ein und die Försterfrau ist mutterlebensallein. Brzählen Sie, wenn ich Sie trotz Ihrer wackeren Hilfe kurzerhand verlasse, um voran zu eilen!« sagte Justine.

»Hoho, ich will auch nach Jagdhausen. Und auf meinem Saal schaff' ich das schneller als Sie, verehrtes Fräulein. Drehen wir also den Spieß um und lassen Sie mich voranreiten!«

»Sie nähmen mir eine große Angst vom Herzen!«

»Aber selbstverständlich reite ich, obwohl ich kaum glaube, daß die Bande sich jetzt Zeit nimmt, irgendwo anzuhalten!«

Damit saß er auch schon wieder im Sattel und trabte davon.

»Auf Wiedersehen!« rief er der Zurückbleibenden noch zu, dann entzog ihm die vom Hufschlag aufgewirbelte Staubwolke ihren Blicken.

Der Reiter hatte Recht gehabt. Der Zigeunertrupp war ziemlich eilig am Forsthaufe vorübergezogen, zur innerlichen Freude der geängstigten alten Försterin. Nun saß Herr von

Dornberg bei einem Glas Kräuterliqueur, den Vater Zacharias selbst gebraut hatte, vor dem Forsthaufe und erwartete die langsam nachkommende junge Dame, die er auf der Waldstraße erlöst hatte und die ihm so sonderbar ähnlich mit einer anderen erschienen war, der er vor kaum einem Jahre einmal in einer äußerst peinlichen Situation gegenüber gestanden hatte. Er war damals von einem Kameraden, dem die Schulden wie Meereswellen über dem Haupte zusammen zu schlagen drohten, nach langem Sträuben überredet worden, der Vermittler zwischen ihm und der jungen Dame zu sein, um ein Verlöbniß zu lösen. Das war eine heille Mission gewesen; ihn überließ es jetzt noch, wenn er daran dachte. Denn die arme Braut hatte an jenem Tage, wie er gleich darnach erfahren mußte, auch den Vater verloren, der sein Vermögen in fahrlässigen Spekulationen eingebüßt hatte! Aber wie tapfer hatte sie sich ihm gegenüber bewiesen! Wie kläglich war er sich vorgekommen als der Anwalt eines Schwächlings, der, um sein eigenes liebes Ich zu retten, einem Mädchen feige den Rücken wandte, daß er ein Jahr lang Braut genannt hatte! Freilich, es wäre ihm außer Amerika kaum etwas anderes übrig geblieben, als ein gemeinschaftlicher Aufbruch mit ihr zur großen Arme! Aber sie hatte ihm den Eindruck erweckt damals, daß sie zu beiden fähig gewesen wäre: mit einem ganzen Manne zu arbeiten oder zu sterben! So kraftvoll hatte sie ausgesehen in all' ihrem Leid! . . .

Und wie er, in diesen Gedanken verloren, Justine Heller den Weg endlich heraufkommen sah, schoß es ihm von neuem durch den Kopf:

»Das muß sie sein, oder der Teufel treibt hier sein Spiel!«

»Ach, Fräulein Justine!« rief ihr die Försterin entgegen, »ich habe schon gehört von Herrn von Dornberg, was Ihnen passiert ist!«

(Fortsetzung folgt.)

Oberrheinische Bank

Friedrichspl. 10, Karlsruhe, Friedrichspl. 10,
Mannheim (Centrale), Freiburg i. B., Heidelberg,
Strassburg i. Els.

Filialen in Baden-Baden und Rastatt
und Depositenkasse in Ludwigshafen a. Rh.

Volleingezahltes Aktienkapital M. 15,000,000.—
Reservefonds M. 2,000,000.—

An- und Verkauf von Werthpapieren an sämtlichen Börsen-
plätzen des In- und Auslandes.
Annahme von Werthpapieren zur Aufbewahrung in verschlos-
senem und zur Verwaltung in offenem Zustande.
Einlösung sämtlicher Zins- und Dividendenscheine, sowie
verlooster oder gekündigter Werthpapiere.
Vermiethung von Tresorschränken (Safes), unter Selbstverschluss
der Miether, in festen Gewölben neuester Construction.
Kostenfreie Kontrolle von Verloosungen.
Einzug von Wechseln auf die ganze Welt zu festen billigen Sätzen
unserer Tarife.
Ausstellung von Checks, Anweisungen und Reisegeldbriefen
auf alle Handels- und Verkehrsplätze.
Eröffnung von laufenden Rechnungen mit und ohne Kredit-
gewährung. Waarenbeleihung.
Gebührenfreie Checkrechnungen und Annahme von Baarcinlagen
mit und ohne Kündigung zu üblichen Zinssätzen. Nr. 215.6

Zur Reisesaison: Besorgung aller ausländischen Geldsorten und
Papiergeld, insbesondere Ausstellung von Reisegeldbriefen, an allen
grösseren Plätzen des In- und Auslandes zahlbar, mittelst welcher
sich unsere accreditirten Freunde einer zuvorkommenden Aufnahme
seitens unserer Geschäftsfreunde gewärtig halten dürfen.



Albthalbahn.

Am Fronleichnamstage verkehren alle im Fahr-
plan aufgeführten Sonderzüge.
Karlsruhe, den 7. Juni 1898. Nr. 30.
Betriebs-Abtheilung.

Bad Antogast

Mineralbad und Luftkurort im bad. Schwarzwald.
Bahnhof Oppenau. — 500 M. u. d. M. — in prachtvoller, geschützter
u. walddreht. Gebirgslage. Rühmlichst bekannte Eisen-, Magnesia u. Natron-
quellen. Grösster Erfolg bei Magen-, Leber- und Nierenleiden, Blutarmuth,
Nervosität u. Frauenkrankheiten. Ausserdem diätetische Kuren nach Dr. Wiel
Pension. Prospective d. Badearzt Dr. Moog, sowie d. Besitzer M. Huber.

Nr. 779.7

Auf eine Postkarte mit Ansicht

kann man Haupttreffer
im Werthe von

50,000 Mark,

20,000 Mark, 10,000 Mark

in der Weimar-Lotterie machen.
Dieselbe bringt zusammen

10,000 Gewinne

zur Verloosung.
Loos-Postkarten mit Ansicht (D. R. G. M. No. 87239)
giltig für 2 Ziehungen für 1 Mk. (Porto u. 2 Gewinnlisten
40 Pfg.) — auf 10 Stück ein Freixemplar — empfiehlt

Generalagentur **Carl Götz, Lederhandlung,**
Karlsruhe, Hebelstrasse 15,
und alle durch Plakate etc. erkenntlichen Verkaufsstellen.

Nr. 941. Neckarbischofsheim.
Öffentliche Mahnung.
Die Pfandgerichte der Gemarkungen **Abersbach** mit der abgeordneten
Gemarkung **Rauhof, Barga, Ehrhardt** mit der abgeordneten Gemarkung
Reinhans, Eysenbach, Eichelbrunn, Hilsbach, Haffelsbach mit den ab-
geordneten Gemarkungen **Oberbiegelhof und Unterbiegelhof, Helmstadt,**
Neckarbischofsheim, Reidenstein, Obergimpfern mit der abgeordneten
Gemarkung **Wagenbach, Reichartshausen, Untergimpfern, Waldstadt,**
Wollenberg, haben öffentliche Mahnungen folgenden Inhalts erlassen:
„Die Gläubiger, für welche vor dem 1. Januar 1889 Einträge in
unsern Grund- und Pfandbüchern eingeschrieben sind, werden hiermit aufge-
fordert, sie erneuern zu lassen, soweit sie nicht seitdem bereits erneuert
oder auf Grund des Gesetzes vom 29. März 1890 für bestimmte Summen auf
bestimmte Gegenstände eingetragen (spezifizirt) sind.
Die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten
Einträge werden gestrichen werden.
Ein Verzeichniss der in unseren Büchern vor dem 1. Januar 1889
eingeschriebenen Einträge liegt in den Diensträumen des Pfandgerichts zu
Jedermanns Einsicht offen.“
Dies veröffentlicht:
Neckarbischofsheim, den 3. Juni 1898.
Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Grüninger.

Gener-, fall- und einbruchssichere
Geld-, Bücher- und
Dokumentenchränke
Nr. 854.46 empfiehlt
Wilh. Weiss, Karlsruhe
Erbprinzenstr. 24.

Holzbranche. Nr. 957.3
Junger intell. Mann mit d. einf. u.
dopp. Buchführung, sowie in sämtl.
Komptoirarb. betraut, sucht p. 1. Juli
ev. sofort Stellung in ein Holz- ev. auch
in einem and. Geschäft. In. Referenzen.
Off. u. P. B. 29 a. d. Exp. d. Bl.

Badische Lebensversicherungs-Gesellschaft in Karlsruhe.

Die 22. ordentliche **Generalversammlung** findet
Mittwoch den 22. Juni d. J., Vormittags 12 Uhr,
im Lokale der Gesellschaft, Amalienstraße 91, statt.

Die Tagesordnung umfasst die in § 14 der Satzungen be-
zeichneten Punkte.

Die Mitglieder der Gesellschaft werden unter Hinweisung auf
§§ 9 und 10 der Satzungen zur Theilnahme freundlichst eingeladen.
Karlsruhe, den 6. Juni 1898.

Nr. 7. **Der Verwaltungsrath.**

§ 416.11

Befraget Euren Arzt!

Dr. med. Theinhardt's

Kindernahrung

übertrifft alle anderen Säuglingsnahrungen an
leichter Verdaulichkeit
und
Nährkraft.

Von ersten Kinderärzten warm empfohlen.
Nur höchste Auszeichnungen, zuletzt München — 1897 —
goldene Medaille.

In den Apotheken und besseren Drogerien vorräthig.

Kurhotel
Wilhelmshöhe.
Gillingen bei Karlsruhe.
Schöner und für größere Ge-
sellschaften praktisch eingerichteter
Ausflugspunkt. Ueber 400 qm
große **Terrasse;** daran an-
schliessend **große und kleine**
Säle. Große Garten- und Kühle-
Kellerwirtschaft. Parkanlagen.
Hübsche Höhenlage mitten im
Wald. Lieblichster Aussichtspunkt
der Karlsruher Umgebung. Große
hübsche **Fremdenzimmer.** Gute
Speisen und Getränke. Sammel-
punkt des besten Publikums.
Nr. 822.3
Besitzer:
Sebastian Münch.

Baden - Baden.
Möblierte Wohnung, Beletage, 5
Zimmer mit allem Zubehör u. Komfort
sofort zu vermieten. Lange-
straße 42 l. Nr. 977.2.

Die belgische Regierung
hat einen Preis von 50 000
Franken ausgesetzt für den Er-
finder einer Zündholzmasse, welche,
ohne weissen Phosphor zu enthalten,
vorgescriebene Eigenschaften ent-
halten muß.
Details sind auf meinem Bureau,
Beiertheimer Allee Nr. 12, ein-
zusehen Nr. 31.
Adolf Schmieder,
Königl. Belg. Konsul.

Bürgerliche Rechtsstreite.
Konkurse.
Nr. 12. Nr. 5063. Schönau. Im
Konkursverfahren gegen die Firma
G. Marget & Cie. in Zell ist Termin
zu einer Gläubigerversammlung be-
hufs Genehmigung der am 31. Mai
l. J. stattgefundenen Versteigerung des
der Gemeinshuldnerin gehörigen Ge-
schäftes bestimmt auf
Freitag den 17. Juni 1898,
Vormittags 9 1/2 Uhr,
in das Rathhaus zu Zell i. W.
Schönau, den 2. Juni 1898.
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts:
Wagenmann.

Nr. 958. Nr. 11,580. Baden. Das
unterm 12. Mai l. J. gegenüber dem
Rathher Anton Mehmaier in Baden
gemäß § 98 der R. O. erlassene all-
gemeine Veräußerungsverbot wird hier-
mit aufgehoben.
Baden, den 1. Juni 1898.
Großh. bad. Amtsgericht VI:
gez. Greiner.
Dies veröffentlicht
Der Großh. Gerichtsschreiber:
Luz.

Nr. 17. Nr. 7914. Radolfzell.
Das Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Kaufmanns Karl Neu-
mann in Radweg ist auf Anordnung
des Gerichts, nachdem der im Ver-
gleichstermin vom 9. Mai 1898 ange-
nommene Zwangsvergleich durch recht-
kräftigen Beschluß vom gleichen Tage
bestätigt ist, aufgehoben.
Radolfzell, den 6. Juni 1898.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Gnädig.

Bürgerliche Rechtsstreite.
Konkurse.
Nr. 15. Nr. 4865. Gernsbach. In
dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Blechnernmeisters Emil
Henel von Gernsbach wurde durch
Beschluß Großh. Amtsgerichts Gerns-
bach vom 1. d. Mts. die Ehefrau des
Gemeinshuldners, Amalie, geb. Krieg
von hier, für berechtigt erklärt, ihr
Vermögen von dem ihres Ehemannes
abzufordern.
Gernsbach, den 2. Juni 1898.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Neuer.

Nr. 16. Nr. 14,234. Waldshut. Im
Konkursverfahren über das Vermögen
des Wirths Emil Kling in Sommerau
(Gemeinde Waldshut) wird Termin zur
Beschlußfassung über einen vom Gemein-
schuldner eingereichten Vorschlag eines
Zwangsvergleichs mit dem auf
Montag den 20. Juni l. J.,
Vormittags 9 Uhr,
festgesetzten allgemeinen Prüfungstermin
verbunden.
Waldshut, den 6. Juni 1898.
Großh. bad. Amtsgericht.
gez. Gut.
Der Gerichtsschreiber:
Reich.

Vermögensabsonderung.
Nr. 9. Nr. 1163. Karlsruhe. Die
Ehefrau des Buchhalters Emil Schweiß,
Luise, geb. Ganz dahier, vertreten durch
Rechtsanwalt Ludwig, klagt gegen
ihren genannten Ehemann mit dem
Antrage, sie für berechtigt zu erklären,
ihre Vermögen von dem ihres Ehemannes
abzufordern.
Termin zur Verhandlung des Rechts-
streits vor Großh. Landgericht dahier
— Zivilkammer IV — ist bestimmt auf
Montag den 26. September 1898,
Vormittags 9 Uhr.
Dies wird hiermit zur Kenntnissnahme
der Gläubiger bekannt gemacht.
Karlsruhe, den 6. Juni 1898.
Gerichtsschreiberei des Gr. Landgerichts:
Eitel.

Zwangsvollstreckung.
Nr. 999.2. Mannheim.
**Öffentliche Ver-
steigerung**
Freitag den 10. Juni d. J.,
Vormittags 12 Uhr,
werde ich auf dem Lagerplatze der
Firma C. G. Maier am
neuen Rheinquai hier
826 Tonnen Anthracitkohlen,
eingelagert auf dem genannten, sowie
dem nebenan befindlichen Lagerplatze
der Gewerkschaft Deutscher Kaiser, zu-
folge gerichtlicher Anordnung für Rech-
nung dessen, den es angeht, gegen Baar-
zahlung öffentlich versteigern.
Mannheim, den 5. Juni 1898.
Freimüller,
Gerichtsvollzieher.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.
Erbeinweisung.
Nr. 916.3. Abelsheim. Die Witwe
des Kaufmanns Nathan Reis, Eugenie,
geb. Alexander von Grotscholzheim,
hat um Einweisung in Besitz und Ge-
währ des Nachlasses ihres verstorbenen
Ehemannes nachgesucht. Die dem Antrag
wird entsprochen werden, wenn nicht
binnen sechs Wochen
begründete Einsprache hiergegen erho-
ben wird.
Abelsheim, den 28. Mai 1898.
Großh. bad. Amtsgericht.
gez. Gdnl.
Dies veröffentlicht:
Leberle,
Großh. Gerichtsschreiber.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.
Erben-Aufruf.
Nr. 979. Karlsruhe. Der am
17. Mai 1898 in Karlsruhe verstorbene
Wittener a. D. Georg Schmidt von
Ritschweiler, geboren am 28. August
1811, hat durch letztwillige Verfügung
die Nachkommen seines am 11. April
1866 in Newark, N. J. in Amerika,
verstorbenen Bruders Georg Peter
Schmidt mit einem Erbtheilvermach-
nisse im Betrage von ca. 4000 Mark
beacht.
Da sich sämtliche Nachkommen des
Georg Peter Schmidt in Amerika be-
finden sollen, deren Namen und Auf-
enthaltssorte unbekannt sind, so werden
dieselben hiemit aufgefordert, ihren Erb-
anspruch
binnen sechs Wochen
durch konsulatmäßig beglaubigte Nach-
weise der Verwandtschaft (Standesbuch-
auszüge) zum Zwecke des Bezugs zu
den Verlassenschaftsverhandlungen bei
dem unterzeichneten Notar anzumelden.
Karlsruhe, den 6. Juni 1898.
Der Großh. Notar:
Stricker.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.
Erben-Aufruf.
Nr. 971. Bähl. Lorenz Kopf von
Ottensweier ist am Nachlasse seines
Vaters Ferdinand Kopf miterbbered-
tigt, sein Aufenthalt aber hier unbe-
kannt.
Derselbe wird aufgefordert,
binnen vier Wochen
zum Zwecke seines Bezugs zur Ver-
lassenschaftsverhandlung Nachricht von
sich anher gelangen zu lassen.
Bühl, den 4. Juni 1898.
Großh. Notar:
Großmann.

Handelsregister-Eintrag.
Nr. 888. Nr. 3501. Abelsheim. In
das Gesellschaftsregister wurde heute
eingetragen:
Zu D. B. 6: J. Fischer in Abels-
heim.
Die Firma ist durch Aufgabe des
Geschäfts erloschen.
Abelsheim, den 19. April 1898.
Großh. bad. Amtsgericht.
Gdnl.

Vermiethete Bekanntmachungen.
Nr. 37. Karlsruhe.
**Großh. Bad. Staats-
Eisenbahnen.**
Mit Wirkung vom 10. Juni d. J.
tritt zu den Gütertarifen Basel Bad.
Bahnhof und Waldshut—Schiffweil
vom 1. Juni 1897 je der Nachtrag I
in Kraft.
Derselbe enthält geänderte Ent-
fernungen und Tarife für die Stationen
der Schweizerischen Südostbahn, sowie
sonstige Veränderungen und Ergänzungen
des Haupttarifs. Nähere Auskunft er-
theilen die Stationen Basel und Waldshut,
sowie das Gütertarifbureau.
Karlsruhe, den 7. Juni 1898.
Generaldirektion.

Arbeitsvergebung.
Die elektrische Beleuchtungs-
anlage im Aulabau der Technischen
Hochschule soll im Wege des öffentlichen
Angebotes vergeben werden.
Sie umfaßt im Kellergehoß, I. und
II. Stock, sowie im Dachstod 463 Stück
Glühlampen und in dem großen Saale
des Baues weitere 268 Glühlampen,
einschließlich Drahtleitung und Verleerung
von Deckenlampen, Stielampfen und
Lüftern.
Arbeitsbeschreibungen und Dispo-
sitionspläne können täglich beim Sekre-
tariat in Karlsruhe (Stefanienstr. 28)
erhoben und eingesehen werden.
Die Arbeiten müssen bis 25. Sep-
tember d. J. fertiggestellt sein.
Schriftliche Angebote sind bis zum
14. Juni, Abends 5 Uhr spätestens,
bei Großh. Bauverwaltung einzureichen.
Karlsruhe, den 2. Juni 1898.
Großh. Bauverwaltung.
Dr. Josef Durm.
Martin.

Dünger-Verpachtung.
Der **Ferbedünger** des Regiments
ist vom 1. Oktober 1898 bis 1. Oktober
1899 im Gauzen oder escadronweise zu
verpachten. Angebote bis 20. d. Mts.
an das Regiment zu richten. Beding-
ungen können gegen Einsendung von
50 Pfg. vom Regiment bezogen werden.
Strasburg i. Elß. Nr. 1.2
Susaren-Regiment Nr. 9.

Notariatsgehilfen-Gesuch.
Nr. 35.1. Ich suche einen thätigen, ge-
wandten Gehilfen. Offerten zu richten
unter Angabe der Gehaltsansprüche an
Dr. Straub, Referendar, Mann-
heim L. 12. 5.
Der Dienstverweiser des Notariats-
distriktes Thiengen (b. Waldshut).
Dr. Straub.

Nr. 995.2. Triberg. Bei diesseitig
gem. Gerichte ist eine **Inzipientenstelle**
(Gehalt 600 M. u. etwa 150 M. Ab-
schrittsgebühren) sofort oder auf 1. Juli
d. J. zu besetzen. Thätige u. fleißige
Bewerber wollen sich alsbald melden.
Triberg, den 6. Juni 1898.
Großh. bad. Amtsgericht.
Diez.